



Wahlprüfsteine Energie Forum Potsdam zur OB-Wahl 2018 in Potsdam

1. Für wie wichtig erachten Sie die Klimaschutzbemühungen der LHP im Kontext der nationalen und internationalen Klimaschutzbemühungen?
2. Welche Schwerpunkte wollen Sie in ihrer 8-jährigen Amtszeit in den Themenfeldern Klimaschutz und lokale Energiewende setzen?
3. Betrachten Sie die etablierten Arbeitsstrukturen zur Umsetzung des Masterplanes als sinnvoll und werden Sie diese beibehalten? Sofern Sie den Prozess ändern wollen, erläutern Sie uns bitte in welcher Form und mit welchem Ziel.
4. Werden Sie als Oberbürgermeister den städtischen Unternehmen und dem KIS, als ihr größter Gesellschafter, Ziele vorgeben, die im Sinne einer Umsetzung des Masterplans sind?
5. Das novellierte Baugesetzbuch bietet wesentlich bessere Möglichkeiten, die Notwendigkeiten des Klimaschutzes und Maßnahmen zur Energieeffizienz bei der Bauleitplanung und im „Besonderen Städtebaurecht“ (z.B. Sanierungsgebiete und Entwicklungsbereiche) zu berücksichtigen. Werden Sie diese Instrumente nutzen um für eine Senkung der CO₂-Emissionen in Potsdam zu sorgen?

Antworten

Zu 1.:

Die Zielstellungen Potsdams als Mitglied des Klimabündnisses sind vielfältig und richtig. Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) kann und muss einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die wesentlichen Elemente des bestehenden Klimakonzeptes der Stadt Potsdam müssen zeitnah umgesetzt werden, damit das eigene Ziel, bis 2050 eine klimaneutrale Stadt zu werden, erreicht wird.

Würden alle Erdenbürger*innen so leben und konsumieren wie in Deutschland, wären 3,2 Planeten nötig, um den globalen Ressourcenverbrauch zu stillen. Wie beim Ressourcenverbrauch ist Deutschland auch Spitzenreiter bei den Treibhausgasen, die den Klimawandel anheizen: Während in Äthiopien jährlich 0,11 t CO₂ pro Kopf ausgestoßen wird, fallen in Deutschland 9,1 t CO₂ pro Kopf Emissionen an. Im Land Brandenburg beträgt die Pro-Kopf-Emission, dank der konservativen Kohlepolitik der SPD über 23,5 t. Die Folgen des Klimawandels und des Ressourcenverbrauchs in Form von Armut, Flucht und Krisen treffen in zynischer Weise insbesondere die Länder, die am wenigsten die Probleme verursacht haben.

Die LHP hat aktuell einen Pro-Kopf-CO₂-Wert von 5 t. Zeitgleich wird erkennbar, dass der Endenergieverbrauch trotz steigender Bevölkerung nicht zunimmt. Sogar die Zahl der KfZ-zulassungen ist seit einigen Jahren rückläufig. Mit dem Bau des Wärmespeichers hat die EWP eine wichtige Voraussetzung für einen ökologischen und ökonomischen Betrieb des Heizkraftwerkes geschaffen.

Potsdam ist auf einem guten Weg, muss aber auch weiterhin große Anstrengungen unternehmen, um den Zielstellungen gerecht zu werden. Selbstverständlich muss dies durch nationale und internationale Pläne und Maßnahmenprogramme begleitet werden. Auf der 21. UN-Klimakonferenz in Paris 2015 konnte zwar unter den Staaten Einigkeit erzielt werden, die Erderwärmung auf max. 1,5° Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Aber das bisherige Maßnahmenpaket würde die Erderwärmung auf ca. drei Grad steigen lassen. Die Bundesregierung wird ihre Ziele für 2020 nicht erreichen und spricht lediglich von einer Handlungslücke. Die Kohlekommission ist mehrheitlich mit Politikerinnen besetzt, die eine Pro-Kohle-Politik betrieben haben oder betreiben. Auch die Landesregierung schiebt ein Handlungsdefizit seit 20 Jahren vor sich her. Die CO₂-Emissionen stagnieren seit 15 Jahren bei ca. 60 Mio. t/a. Das Ziel für 2030 (25 Mio. t) ist ohne einen geordneten Kohleausstieg nicht zu erreichen. Die längst beschlossene Stilllegung des Kraftwerkes Jänschwalde muss endlich vollzogen werden.

Derartige Maßnahmen sind volkswirtschaftlich sinnvoll und notwendig. Ohne den Umbau der Energieversorgung können auch die Städte und Gemeinden keinen ökonomisch oder sozial vertretbaren Klimaschutz leisten.

Zu 2.:

Für unsere Wählerinnengruppe ist Umwelt- und Klimaschutz auch eine Frage der Gerechtigkeit - lokal wie global. Wir wollen genau hinschauen und die Gerechtigkeitsfrage in der Stadt stellen: Ist es bezüglich des Umweltnutzens zielführend, jeden Plattenbau einer Luxussanierung unter dem Deckmantel der energetischen Sanierung zu unterziehen und damit die Mehrheit der Mieter*innenschaft zu verdrängen? Oder müssen wir nicht viel eher bei den Stadtvierteln ansetzen, in denen gefühlt jede*r Zweite einen SUV fährt und in einer großen Villa wohnt? Der dortige Verbrauch an Energie und Ressourcen ist pro Person vielfach größer als bei den Platten- und Systembauten.

Wir setzen uns dafür ein, dass Klimaschutz-Maßnahmen auf die Stadtquartiere und deren soziale Situationen abgestimmt werden: Reiche Viertel mit hohem Umwelt- und Energieverbrauch müssen dementsprechend mehr zum Einsparen beitragen als Mieter*innen, die sich die nächsten Mieterhöhungen im Zuge einer Sanierung nicht leisten könnten. Wie der von der Stadtverwaltung in Auftrag gegebene Masterplan „100 % Klimaschutz Potsdam 2050“ sehen wir die Abstimmung von Energieeinsparmaßnahmen auf Quartiersebene als sehr sinnvoll an. Dabei sollten Rahmendaten wie die durchschnittliche Wohnungsgröße, der Energieverbrauch pro m², der Autobesitz etc. als Grundlage der Berechnung dienen, wie groß der Beitrag eines Stadtquartiers sein muss, um das gesamtstädtische Ziel einer klimaneutralen bzw. umweltgerechten Stadt zu erreichen. Auf

Quartierskonferenzen sollten schließlich unter der Beteiligung von Bewohner*innen vor Ort die individuellen Maßnahmen und deren Umsetzungen ausgehandelt werden.

- Quartiersgenaue Klimaschutzmaßnahmen entwickeln: Villenviertel mit hohem Energieverbrauch müssen sich mehr anstrengen
- Einberufen von stadtweiten Quartierskonferenzen mit Bürgerbeteiligung, die eine Auswahl von vorher fachlich ausgearbeiteten Klimaschutzmaßnahmen treffen
- Energieberatung für Vielverbraucher

Die energetische Sanierung von Wohngebäuden muss endlich nicht nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden, sondern auch so finanziert werden. Bislang werden die Kosten für die energetische Sanierung den Mieter*innen aufgebürdet. Auf der anderen Seite erhalten Hauseigentümer*innen Fördermittel für Energiesparmaßnahmen, die den Wert ihrer Immobilien steigern. Wir wollen, dass alle an der Energiewende partizipieren können. Nur wenn breite Gesellschaftsschichten von der Energiewende ihren Nutzen haben, haben die neoliberalen Klimawandelleugner und Rechtspopulisten keine Chance.

Dass selbst Menschen mit kleinem Portemonnaie in Passivhäusern wohnen können, macht das Projekthaus Babelsberg eindrucksvoll vor. Unabhängig von profitorientierten Immobilienkonzernen haben sie sich ein Gebäude mit höchsten Energiestandards gebaut, welches günstiger pro Quadratmeter ist als alle heutigen Neubauten. Mieterstrommodelle zeigen, wie Mieter*innen durch Solaranlagen auf ihrem Dach profitieren können.

Potsdam sollte die Energiewende nicht verpassen:

- Einnahmen aus Grundsteuern zur energetischen Sanierung des kommunalen Wohnungsbestandes einsetzen
- Förderung von kommunalem Neubau und Sanierungen mit hohen Energiestandards, aber ohne weitere Luxusausstattung
- Beratung der kommunalen Neubauprojekte durch erfahrene Projekte wie das Projekthaus Babelsberg, um günstig energiesparend zu bauen
- Stadtweite Beratungen für Mieterstrommodelle und Möglichkeiten zur Verpflichtung von privaten Eigentümern erwägen, um Mieterstrommodelle möglich zu machen
- Verstärkte Zusammenarbeit mit Energiegenossenschaften, die auch Geringverdiener*innen einschließen

Zu 3.:

Die Strukturierung des Masterplanprozesses ist noch relativ jung. Die begonnenen Prozesse sollten erstmal eingehalten und etabliert werden. Sollten sich im Laufe des Prozesses Änderungen als notwendig ergeben, sollte diese vorgenommen werden. Auch der Masterplanprozess ist ein Lernprozess.

Die zwei bisherigen Prozessstränge sind sehr übergeordnet orientiert. Spätestens bei der Priorisierung der Maßnahmen muss die „Lokalperspektive“ auch dahingehend gestaltet werden, dass die betroffenen Bevölkerungsgruppen beteiligt werden und dass für einzelne Quartiere auch unterschiedliche Lösungsansätze und Prioritäten gesetzt werden (s. Punkt 2).

Zu 4.:

Selbstverständlich spielen die städtischen Betriebe und Unternehmer eine große Rolle bei der Umsetzung der Klimaschutzziele. Die städtischen Unternehmen müssen noch stärker in den Masterplanprozess integriert werden. Auch müssen gemeinsame Ziele, Strategien und Lösungsansätze entwickelt und auf einander abgestimmt werden (z.B. zwischen ProPotsdam und der EWP bei der heiztechnischen Versorgung von Niedrigenergiehäusern).

In einem ersten Schritt muss es aber erstmal darum gehen, die Fremdinteressen in den städtischen Unternehmen zurückzudrängen oder gar auszuschalten. Langfristig streben wir eine Re-Kommunalisierung aller städtischen Betriebe und deren transparente Weiterführung in der Rechtsform von Eigenbetrieben an. Dazu muss das undurchsichtige Geflecht aus Tochter- und Enkelfirmen zügig abgewickelt und die Trennung von privatwirtschaftlichen Miteignern (z. B. in der EWP und STEP) vollzogen werden. Wir wollen direkte Mitwirkung der Bevölkerung auch in den städtischen Betrieben.

Ich möchte mich als OB dafür einsetzen, dass in allen städtischen Betrieben soziale und ökologische Standards eingehalten werden. Dazu gehört die Rückkehr der Betriebe in die Tarifgemeinschaft des öffentlichen Dienstes und die Zahlung von Tariflöhnen. Dazu gehören die Einhaltung von Sozialstandards und dazu können auch ökologische Zielvorgaben für die Geschäftsführung (Zielvereinbarung) gehören.

Da der OB die Stadt in der Gesellschafterversammlung der städtischen Betriebe vertritt, hat er erhebliche persönliche Gestaltungsspielräume bei der regelmäßigen Festlegung der Unternehmensziele. Falls ich durch die Wahl die Gelegenheit erhalte, werde ich diese Handlungsoptionen gern im Sinne einer nachhaltigen und sozialen Stadtentwicklung nutzen.

Zu 5.:

Das besondere Städtebaurecht geht über die kommunale Bauleitplanung hinaus. Im Mittelpunkt des besonderen Städtebaurechts steht meiner Kenntnis nach der Umgang mit dem städtebaulichen Bestand einer Gemeinde und insbesondere mit den Missständen, die in Quartieren entstanden sind und denen entgegenzuwirken ist. Des Weiteren befasst es sich mit Fragen des städtebaulichen Denkmalschutzes sowie des Stadtumbaus.

Für uns ist der Quartiersbezug dabei von besonderem Interesse. Auch die Möglichkeiten der Beseitigung von Missständen und Fehlentwicklungen hinsichtlich der sozialen Ausdifferenzierung sind für uns wichtig (siehe Soziale Stadt § 171e BauGB und Erhaltungssatzung §§ 172-174 BauGB).

Wir würden dieses Instrument nicht allein für eine Senkung der CO₂-Emissionen nutzen, sondern auch um einen sozialen Ausgleich in der Stadt zu befördern und um Antworten auf die angesprochenen Gerechtigkeitsfragen (s. zu 2. :) zu finden.

Doch in erster Linie geht es mir um die Verhinderung des weiteren Ausverkaufs der Stadt. Die Stadt darf keine weiteren Grundstücke verkaufen und sollte sich ein Vorkaufsrecht bei Immobilienkäufen sichern. Ohne eigene Ressourcen lassen sich weder klimapolitische noch soziale Zielstellungen umsetzen, da beide Ziele den privatwirtschaftlichen Verwertungsinteressen entgegenstehen.